

Düsseldorf, 24.09.2015

**Landesregierung verweigert im Innenausschuss konsequente Auseinandersetzung mit dem Polizeieinsatz bei „Ende Gelände“. Pressefreiheit öffentlicher Medien massiv angegangen. Innenminister Jäger schweigt.**

„Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und RWE ist klar dokumentiert und nachweisbar. RWE-Mitarbeiter unterstützten Polizeiketten und die Einkesselungen von Aktivist\*innen. Dass die Kooperation auch im Innenausschuss weiterhin abgestritten wird, zeigt einmal mehr die starken Verflechtungen zwischen Energiekonzern und Landespolitik in NRW“, so Pressesprecherin Mona Bricke.

In der heutigen Innenausschusssitzung erklärt der NRW-Polizeiinspekteur Bernd Heinen, die Polizei sei bei ihren Maßnahmen nicht von RWE Mitarbeitern unterstützt worden. Der Hinweis auf zahlreiche Beweisvideos, die die Brutalität des Einsatzes von Schlagstöcken und Pfefferspray, sowie die Kooperation dokumentieren, wird dabei konsequent ignoriert. Eine politische Aufarbeitung, die von den Piraten im Landtag gefordert wird, ist so unmöglich.

Ziel ist offensichtlich, die öffentliche Diskussion um den Polizeieinsatz in Garzweiler so klein wie möglich zu halten. Im August verhinderte Innenminister Ralf Jäger eine parlamentarische Debatte, indem er die Innenausschusssitzung vorzeitig verließ. Auch heute schweig er und verließ zwischenzeitlich den Saal.

Die Forderung von CDU und SPD, der WDR habe sich bei seiner Berichterstattung an Landesrecht zu halten und dürfe „friedliche Straftaten“ daher nicht rechtfertigen, kommt einer Pressezensur gleich. Auch die Aussage des Polizeiinspektors Heinens, es habe kein öffentliches Interesse am Geschehen bestanden, ist eine Beschneidung der Pressefreiheit. Er rechtfertigt damit den teilweise harten Umgang der Polizei mit den Journalist\*innen im Tagebau. Van den Berg (SPD) sagt, es habe „einen Überschuss an Presseausweisen“ im Tagebau gegeben und stellt somit indirekt das Recht auf eine objektive Berichterstattung am Ort des Geschehens in Frage.

Zu diesem Punkt schweigen auch die Grünen, welche sich mit kritischen Nachfragen grundsätzlich stark zurückhalten.

„Gerade wenn solche Forderungen von der Landesregierung gestellt werden und die Mehrheit im Ausschuss dazu schweigt, ist eine kritische Berichterstattungen, unbedingt notwendig.“, so Mona Bricke.

Hintergrund:

Am 15.08. legten 1.500 AktivistInnen im Rahmen des Bündnisses „Ende Gelände“ große Teile des Tagebaus Garzweiler still. Mit der Aktion zivilen Ungehorsams protestierten sie für einen konsequenten Kohleausstieg. Während die Polizei mit Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die AktivistInnen vorging, verhielten sich diese konsequent deeskalativ.

Unsere Stellungnahme zum Bericht des Innenministeriums entnehmen Sie bitte unserer PM vom 26.08.2015.

Pressekontakt :  
01577-0584656

presse@ende-gelaende.org  
<https://www.ende-gelaende.org> | Twitter: @ende\_\_gelaende